

Fenster Scheiben wurden zertrümmert und der Fuß der Hauswand zum Teil herausgerissen. Das Ueberfallkommando suchte das umliegende Gelände ohne Erfolg nach den Tätern ab.

**Politischer Mord in Ostpreußen**

**Beobschütz, 8. Aug.** In der Nähe des Dominikusstrug auf dem Wege zwischen Krug und Hochstrescham wurde der Sekretär des Reichsbanners in Raßfelde, Eimisch, tot aufgefunden. Seine Leiche wies zwei Stichwunden und auch Verletzungen durch Messerstiche auf. Der Tod muß bereits in der Nacht zum Sonntag eingetreten sein. Die Nordkommission des Beobschützer Amtsgerichtes ist zur Zeit mit den weiteren Ermittlungen beschäftigt.

**Bombenanschlag in Allenstein**

**Altenstein, 8. Aug.** Aus einem fahrenden Automobil wurden heute früh um 2 Uhr gegen das Geschäft- und Wohnhaus des hiesigen Kommunisten Abraham eine Bombe geschleudert. Personen wurden nicht verletzt.

**Altenstein, 8. Aug.** Bei einem des Bombenanschlags auf das Abraham'sche Geschäft dringend Verdächtigen wurden bei einer Hausdurchsuchung vier Infanteriegewehre, ein Kuffengewehr, zwei Pistolen, ein Schlagring und Gewehr- und Pistolmunition gefunden.

**Handgranatenschläge im Kreise Rimpfisch**

**Rimpfisch, 8. Aug.** In die Wohnung des Kreisvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und Reichsbannerführers Kaufmann in Heiderdorf wurde heute früh gegen 4 Uhr eine Handgranate geworfen. In die Hinterwand des Hauses wurde ein starkes Loch gerissen und zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt.

In das Schlafzimmer des sozialdemokratischen Fundationsrats Obst in Groß-Steinigt wurde ebenfalls eine Handgranate geworfen, durch die das gesamte Schlafzimmer demoliert wurde. Auch hier wurden Menschen nicht verletzt.

In Gollschau wurde dem Lehrer und Amtsvorsteher Czika gleichfalls eine Handgranate in die Wohnung geworfen. Auch hier wurde nur Sachschaden angerichtet.

In allen drei Fällen konnten die Täter bisher noch nicht ermittelt werden. Der Regierungspräsident in Breslau hat 100 RM Belohnung für die Ermittlung der Täter ausgesetzt.

**Sprengstoffanschlag gegen eine Konsumniederlage**

**Jannowitz i. Riesengeb., 8. Aug.** Gegen die Konsumniederlage wurde heute früh ein Sprengstoffattentat verübt. Es entstand ein erheblicher Sachschaden.

**Anschlag auf die Wohnung eines Gemeindevorstehers in Ostpreußen**

**Lyda, 8. Aug.** Montag früh 2 Uhr wurde in Lyda auf die Wohnung des Gemeindevorstehers ein Anschlag verübt. Unbekannte warfen zunächst einen schweren Stein durch das Fenster und danach eine Handgranate, die explodierte, jedoch nur Sachschaden anrichtete. Personen wurden nicht verletzt. Die Handgranate war allerdings nur gegen die Mauer geworfen worden. Der Gemeindevorsteher ist als SA-Führer bekannt.

**Verhaftungen in Eferndörbe**

**Eferndörbe, 8. Aug.** Im Zusammenhang mit dem Sturm auf das Gewerkschaftshaus am 10. Juli, bei dem zwei sozialdemokratische Landarbeiter den Tod fanden, wurden dieser Tage zwölf Verhaftungen vorgenommen. Die Festgenommenen, die Nationalsozialisten sind, wurden in das Pieler Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Außerdem sind in der Landtschaft Angeln einige Verhaftungen erfolgt. Nach amtlicher Mitteilung besteht bei keinem der Verhafteten der Verdacht auf Mord bzw. politischen Totschlags, sondern es handelt sich lediglich um Landfriedensbruch.

**Aufklärung des letzten Sprengstoffanschlags in Braunschweig**

**Braunschweig, 8. Aug.** Zum letzten Sprengstoffanschlag teilt die Polizei u. a. mit: Zwei der Festgenommenen haben gestern ein umfassendes Geständnis abgelegt. Bei beiden Tätern handelt es sich um Mitglieder der NSDAP. Der eine hält sich seit einigen Monaten in der Stadt auf, der andere erst einige Tage. Der eine Täter hat den Sprengstoffkörper zur Explosion gebracht, während der andere sich zum Schutze des ersteren unweit aufgestellt hatte. Der zur Tat benutzte Sprengstoffkörper ist offenbar von Seitenhand angefertigt. Nach dem Geständnis des Haupttäters entspricht die Tat seiner eigenen Entscheidung. Er will von niemandem angeflistert worden sein.

**Sühne für einen Ueberfall**

**Susum, 8. Aug.** Das hiesige Schöffengericht verurteilte den SA-Mann Boell wegen eines Feuerüberfalles auf das Haus des Landjägers Wolf in Erbe zu neun Monaten Gefängnis.

**In den Verhaftungen in Schleswig-Holstein**

**Altona, 8. August.** Ueber die Verhaftungen wegen der Sprengstoffanschläge in Schleswig-Holstein wird ein amtlicher Bericht herausgegeben, in dem es heißt: „Die Ermittlungen haben bisher zu sieben Festnahmen geführt, und zwar in Rendsburg, Weldorf, Wesselburen und Elmshorn. Die Festgenommenen sind Nationalsozialisten und gehören überwiegend der SS an. — In unmittelbarem Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen steht zweifellos ein Anschlag auf die Wohnung des Landjägers in Erbe bei Rorderstapel. Dort wurden in der Nacht zum 1. August mehrere Schüsse von außen durch die Fenster abgegeben, wobei die allein im Hause anwesende Frau des Landjägers in Lebensgefahr geriet. Auch dort sind zwei Nationalsozialisten als Täter festgenommen worden, von denen der eine der SA, der andere der SS angehört. Die amtlichen Ermittlungen sind mit aller Energie aufgenommen und gehen weiter.“

**Sühne für einen Ueberfall**

**Susum, 8. August.** Das hiesige Schöffengericht verurteilte den SA-Mann Boell wegen eines Feuerüberfalles

**Briefmarken als Kriegserlöse**

Die beiden amstrittenen Postwertzeichen von Paraguay und Bolivien.

Der zwischen Bolivien und Paraguay erneut ausgebrochene Streit um das Gran-Chaco-Gebiet ist im Grunde genommen von zwei Briefmarken verursacht worden. Im Jahre 1906 war von einem Schiedsgericht bestimmt worden, daß der bis dahin besthloße Chaco zwischen beide Länder aufgeteilt werden sollte. Wählich aber gab Paraguay 1927 eine Briefmarke mit einer Karte seines Landes heraus, auf der das Chaco-Gebiet in seiner ganzen Ausdehnung Paraguays zugehörig war. Bolivien antwortete mit einer Marke, auf der nun keinerlei das Gebiet für Bolivien annerknt wurde. Abermals kam nach schweren Streitigkeiten ein Schiedspruch heraus, in dem die Eingliederung der beiden Marken gefordert wurde. Das hinderte aber Bolivien nicht, im letzten Jahre wiederum eine Marke mit einer Karte und einer Grenzverschiebung herauszugeben, worauf die Fehde zwischen den beiden Ländern neu entbrannte, die jetzt zum offenen Krieg führte. Das strittige Gebiet ist von Bolivien unberührt als Chaco-Boliviano (rechts unten) eingetrag, während es auf der Marke von Paraguay einfach innerhalb der Landesgrenzen (mit doppelter Schraffur) eingetragen ist.



**Der Hausbesitz lehnt Neuverschuldung ab**

Voraussichtlich 15prozentiger Steuernachlaß bei Hausreparaturen

Der Hamburger Verbandstag der Hausbesitzer, über den wir schon ausführlich berichteten, erbrachte als ein bedeutsames Ergebnis die Erklärung der Hausbesitzerorganisationen, daß sie den von der Reichsregierung gemäß Notverordnung vom 15. Juni zur Verfügung gestellten Bürgschaftskredit von 100 Mill. Mark für Reparaturarbeiten in der vorliegenden Form nicht in Anspruch nehmen wollen, weil die damit verbundene neue Verschuldung eine starke Gefahr für den Hausbesitz bedeute.

Der Hausbesitz glaubt, die Gewähr für die Rückzahlung dieser Wechsel auch binnen zweier Jahre nicht bieten zu können und ist sich daher einig gewesen in der Ablehnung der Wechselkredite. Inzwischen sind mit den zuständigen Reichsstellen neue Verhandlungen eingeleitet worden, die einen grundsätzlich anderen Weg der Finanzierung zum Gegenstand haben. Es soll die Möglichkeit eines Abbaues der auf dem Haus- und Grundbesitz liegenden Gesamtsteuerlast etwa in Höhe von 10 bis 15 Prozent geschaffen und die dadurch freiwerdenden Beträge sollen vom Hausbesitz für die Rückzahlung der auf Grund der Reichsbürgschaft in Anspruch genommenen Kredite verwendet werden. Die Steuerentlastung würde also nur solchen Hauseigentümern gewährt werden, die auf Grund des Reichskredits Instandsetzungsarbeiten an ihren Häusern haben vornehmen lassen.

In einer vom Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine und dem Reichsverband des deutschen Handwerks unterzeichneten Entschließung heißt es u. a., daß dem deutschen Handwerk seit 1924 mindestens die Hälfte des jeweiligen gesetzlichen Mietertrages weggesteuert wurde. Der organisierte Hausbesitz for-

dert in Uebereinstimmung mit allen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und unterstützt vom Urteil der deutschen Wissenschaft Wiedergutmachung der steuerlichen Aufsaugung der Mieter durch gesetzgeberische Maßnahmen, die es dem Hausbesitz ermöglichen, einen Teil der bisherigen Steuerbeträge auf dem Wege der Instandsetzung der Miethäuser dem Handwerk und Gewerbe sowie zur Verringerung der Arbeitslosennot nutzbar zu machen.

Dies berechtigt den Hausbesitz zu der Forderung, daß für die Instandsetzung und Modernisierung des Hausbestandes sowie für Aufteilung von Großwohnungen sofort ausreichende Reichskredite zu verbilligtem Zins zur Verfügung zu stellen sind.

Weiter ist die Verzinsung und Abdeckung aller für diese Zwecke seit dem 1. Januar 1932 aufgewendeten Geldbeträge durch Steuerentlastung zu ermöglichen und zu sichern und die Steuerentlastung durch zwingendes Reichsgesetz in der Weise für das ganze Reichsgebiet anzuordnen, daß jährlich mindestens 15 v. H. aller nach dem Stande des Jahres 1932 auf dem Hause ruhenden Landes- und Gemeindesteuern solange nachgelassen werden, bis der Reparaturbetrag im Einzelfalle geklärt ist.

Unter diesen Voraussetzungen erklärt sich der deutsche Hausbesitz bereit, eine umfangreiche Instandsetzungsarbeit im ganzen Reichsgebiet durchzuführen. Bei einem Aufwand von mehr als fünf Millionen Miethäusern schafft ein Reparaturaufwand von durchschnittlich nur 300 Mark je Haus laufend Arbeitsgelegenheit von jährlich 1 1/2 Milliarden Mark. Das ist in einem Jahre schon ein Restloshes der durch das Reich angebahnten und finanzierten einmaligen Arbeitsbeschaffung.

auf das Haus des Landjägers Wolf in Erbe zu neun Monate Gefängnis.

**Eine Erklärung der SPD.**

Berlin, 8. Aug. Der kommunistische Pressedienst wendet sich in einer Erklärung gegen die von der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz veröffentlichten „sensationalen Geheimanweisungen der Rotfrontzentraleitung“, die er als Fälschungen bezeichnet. Die SPD, so heißt es weiter in der Erklärung, lehne programmatisch den individuellen Terror ab, weil er die proletarische Massenbewegung schwäche. Sie werde dem Vorgehen der NSDAP mit dem verstärkten antifaschistischen Massenkampf begegnen.

**Die Landwirtschaft fordert**

Berlin, 8. Aug. Das Präsidium des Reichslandbundes hat an den Reichskanzler und den Reichsernährungsminister folgendes Telegramm gefandt:

Am letzten Sonnabend ist ein erneuter Preissturz auf dem Buttermarkt eingetreten. Die deutsche bäuerliche Veredelungsproduktion verelendet immer weiter, ohne daß die Reichsregierung sich zu energischen Schutzmaßnahmen entschließen zu können glaubt. Die Pressenachrichten, nach denen die Reichsregierung ihre Maßnahmen von Verhandlungen mit den an der Buttereinfuhr nach Deutschland hauptsächlich interessierten Ländern abhängig zu machen scheint und nach denen ein Buttereinheitszoll von 75 RM je Doppelzentner und ein Kontingent in Höhe von zwei Drittel der vorjährigen Einfuhr beabsichtigt sein soll, haben in der Landwirtschaft alarmierend gewirkt. Ein solches Kontingent und ein beratiger Einheitszoll ist keine irgendwie fühlbare Verbesserung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand.

Auch die Frage der Margarinesteuer, die zum Schutze der bäuerlichen Veredelungsproduktion unerlässlich ist, kommt nicht von der Stelle. Der Reichslandbund erwartet, daß die Reichsregierung, wenn sie nicht ebenso wie die früheren Regierungen die Landwirtschaft mit Versprechungen und unwirksamen Teilmaßnahmen abspisen will, sich nunmehr von den verhängnisvollen einseitigen Exporteinstößen des früheren Systems, die auch im gegenwärtigen Kabinett und vorherrschend zu sein scheinen, frei macht und in ihrer Eigenschaft als von Parteien und Parlament unabhängiges Kabinett durchgreifende Maßnahmen, die der Schutz der nationalen Produktion erfordert, trifft.

**Borah erneut für Gesamtregelung**

Neu York, 8. Aug. Senator Borah hat an den hier tagenden Kongress für außenpolitische Fragen folgendes Telegramm gerichtet: Ich bin nicht für ein Moratorium, weil dadurch die Verhältnisse materiell nicht gebessert würden. Eine neue Regelung der Schulden auf der Grundlage der Zahlungsfähigkeit wäre fast ebenso unwirksam. Das eine oder das andere dieser Mittel oder eine Verbindung der beiden würde keine neuen Märkte erschließen, auch dem Handel keinen Aufschwung geben. Wenn jedoch die Nachkriegsprobleme: Schulden, Reparationen und Rüstungen gelöst und die Wiederherstellung des Goldstandards sowie

die Stabilisierung des Silbers im Orient durchgeführt werden können, dann werde ich dafür sein, daß man die Schulden in irgendeiner Weise dazu benutzt, um zum Erfolg zu gelangen.

**Bersärfte Schutzbestimmungen für Kollektiv-Eigentum**

in der Sowjetunion

Moskau, 8. August. Zum Zweck der Verschärfung des Schutzes der Eisenbahn- und Schiffstransporte sowie des Eigentums der Kollektivwirtschaften und Konsumgenossenschaften veröffentlicht die Sowjetregierung einen Beschluß, der diese Güter dem Staatseigentum gleichstellt, für dessen Entwendung Strafen von nicht unter zehn Jahren Gefängnis vorgesehen sind, in schweren Fällen sogar die Todesstrafe. Fünf bis zehn Jahre Gefängnis werden aber „kulakische und kapitalistische“ Elemente verhängt werden, die durch Drohungen oder Gewalt die Bauern zum Austritt aus den Kollektivwirtschaften bewegen wollen. Begründet wird dieser Beschluß der Sowjetregierung mit einem Hinweis auf die sich mehrenden Klagen der Kollektivmitglieder über die Entwendung von Gütern der Kollektivwirtschaften und Genossenschaften durch „gesellschaftsfeindliche Elemente“. Auch seien Gewaltanwendungen und Drohungen von Seiten der Kulaken gegen Kollektivbauern vorgekommen.

**Der Volkssportprozeß in Brünn**

Brünn, 8. August. Vor dem Kreisstrafgericht in Brünn begann heute um 9 Uhr die Verhandlung gegen die erste Gruppe der leitenden Funktionäre der Organisation der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei, „Volkssport“ und „Studentenbund“. Angeklagt sind sieben Personen im Alter von 22 bis 30 Jahren, darunter vier Studenten, ein Assistent der Deutschen Technik in Prag, ein Lehrer und ein Beamter. Sämtliche Angeklagte werden beschuldigt, von 1930 bis 1932 in Prag, Auhig und anderen Städten Böhmens sich zu Anschlüssen gegen die Republik vereinigt zu haben, in direkte oder indirekte Fühlung mit ausländischen Funktionären getreten zu sein, Uebungen wehrfähiger Personen abgehalten und sie organisiert zu haben. Die Anklageschrift gelangt zu der Schlussfolgerung, daß es sich bei dem „Volkssport“ und dem „Studentenbund“ darum handelte, mit Hilfe Hitlers das Dritte Reich zu gründen, dem auch das sogenannte Sudetendeutsche Gebiet der Tschechoslowakei angehören sollte, wodurch die staatliche Souveränität dieses Gebietes durch die staatliche Souveränität des Deutschen Reiches ergänzt werden sollte.

Im Verlauf der Verhandlung gegen die „Volkssport“-Führer erklärte sich der Angeklagte Petermichel für unschuldig. Er sei niemals der Ueberbringer oder Teilnehmer von Anschlüssen gegen den Staat gewesen. An der Spitze der Volkssportbewegung in Prag hätte er nur deshalb gestanden, weil er Turnlehrer war und daher die übrigen Mitglieder schulen konnte. Weiter freilich Petermichel in Abrede, daß es sich bei dem „Volkssport“ um eine militärische Organisation gehandelt habe. Wie er weiter erklärte, habe er auch nicht mit reichsdeutschen Organisationen in Verbindung gestanden. Das Programm Hitlers kenne er überhaupt nicht, er wisse auch